

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Nasim Saber

Pakistan und Iran sichern Afghanistan Unterstützung zu

Pakistan und der Iran haben dem afghanischen Präsidenten Hamid Karsai „volle Unterstützung“ für einen afghanisch geführten Friedensprozess mit den Taliban zugesagt. Die Präsidenten Asif Ali Zardari und Mahmud Ahmadinedjad hätten Karsai dabei ihre Zusammenarbeit zugesichert, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Staatshäupter der drei Nachbarstaaten nach einem Gipfeltreffen am 17. Dezember 2011 in Islamabad. In einem vor dem Treffen veröffentlichten Interview des *Wall Street Journals* hatte Karsai den Beginn von Geheimverhandlungen zwischen den USA, Afghanistan und den Taliban bestätigt. Die Taliban dementierten jedoch Gespräche mit der afghanischen Regierung und betonten in einer im Internet veröffentlichten Erklärung, sie hätten nicht mit der „Marionettenregierung“ gesprochen. Karsai war am 16. Februar 2012 mit dem pakistanischen Premierminister Yousuf Raza Gilani und Armeechef General Ashfaq Parvez Kayani zusammengekommen. Aus pakistanischen Regierungskreisen hieß es: „Karsai hat die zivile und militärische Führung Pakistans wieder und wieder darum gebeten, seine Regierung dabei zu unterstützen, Kontakte mit den Taliban herzustellen.“ Die pakistanische Außenministerin Hina Rabbani Khar sagte nach dem Treffen, es sei absurd, wenn Afghanistan erwarte, dass Islamabad den Taliban-Führer Mullah Omar für Friedensgespräche ausliefere. Wenn Kabul „unrealistische, nahezu lächerliche Erwartungen“ habe, dann gebe es keine gemeinsame Basis für Verhandlungen. Die afghanische Regierung wirft Pakistan immer wieder vor, Friedensgespräche mit den Taliban nicht zu unterstützen oder sogar zu sabotieren, was von Islamabad regelmäßig dementiert wird. Islamabad wird eine Schlüsselrolle bei den Friedensverhandlungen mit den Taliban zugeschrieben, da viele ihrer Anführer, darunter auch Mullah Omar, in Pakistan vermutet werden.

Zeitplan für NATO-Abzug aus Afghanistan bekräftigt

Deutschland und die USA haben den Zeitplan der NATO für den Abzug aus Afghanistan am 17.02.2012 bekräftigt. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) und sein US-Kollege Leon Panetta

versicherten nach einem Treffen in Washington, dass sich an der vollen Kampfbereitschaft der internationalen Truppen bis zum Abschluss der Sicherheitsübergabe an die Afghanen Ende 2014 nichts ändern werde. De Maizière sagte, Deutschland werde seine Soldaten „schrittweise“ abziehen und von „Kampf zu Unterstützung“ wechseln, wobei die Soldaten geschützt und zum Kampf fähig blieben. Panetta nannte als gemeinsames Ziel, den Afghanen im kommenden Jahr die Führungsrolle bei dem Kampfeinsatz zu übertragen. Die internationalen Truppen würden jedoch bis 2014 eine „starke Unterstützerrolle“ einnehmen und „voll kampffähig“ bleiben. Panetta hatte Anfang Februar mit Äußerungen für Verwirrung gesorgt, dass die USA ein Ende des Kampfeinsatzes am Hindukusch bereits für nächstes Jahr anstrebten. Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 hatten sich die Staaten der Militärallianz 2014 als Abzugsdatum gesetzt.

Michael Koch wird Sondergesandter der Bundesregierung für Afghanistan

Michael Koch wird laut einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin neuer Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan. Koch, bisher deutscher Botschafter in Islamabad, löst damit den bisherigen Beauftragten Michael Steiner ab, der dieses Amt fast zwei Jahre innehatte. Der Amtswechsel soll den Angaben zufolge „in Kürze“ erfolgen. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) dankte Steiner für seine Arbeit und lobte vor allem dessen Engagement bei der Vorbereitung der Afghanistan-Konferenz in Bonn Ende vergangenen Jahres. Steiner hatte sich auch in den geheimen Friedensverhandlungen zwischen NATO und Taliban engagiert. Koch, der am 30. September 1955 als Sohn eines deutschen Diplomaten in Kansas City (USA) geboren wurde und 1986 in den diplomatischen Dienst eingetreten ist, leitete unter anderem von 2004 bis 2008 den Afghanistan-Stab im Auswärtigen Amt. Der bisherige Afghanistan-Beauftragte der Bundesregierung, Michael Steiner, hatte zuvor nach knapp zwei Jahren seinen Posten aufgegeben. Das Auswärtige Amt bestätigte am Freitag einen entsprechenden Bericht der „Bild“-Zeitung. Zu den Gründen äußerte sich das Ministerium nicht.

Kabul stellt Ultimatum für Übernahme des Gefängnisses in Bagram

Die afghanische Regierung hat den USA ein erneutes Ultimatum für die Übergabe des umstrittenen Gefängnisses auf dem amerikanischen Militärstützpunkt Bagram gestellt. Das Büro von Präsident Hamid Karsai teilte mit, die USA hätten die am 5. Februar abgelaufene Frist verstreichen lassen. Das neue Ultimatum zur vollständigen Übergabe des Gefängnisses an die afghanische Regierung ende nun in genau einem Monat, am 9. März. Wegen der „Nicht-Kooperation der amerikanischen Seite“ habe die afghanische Regierung beschlossen, ab sofort alle juristischen Verfahren in Bagram einzustellen, hieß es in der Mitteilung weiter. Alle einheimischen Anwälte würden aus dem Gefängnis abgezogen, bis dort vollständige afghanische Souveränität herrsche. Karsai kämpft zunehmend erbittert darum, die Hoheit in seinem Land von den ausländischen Truppen zurückzuerhalten. Gegen US-Soldaten in dem Gefängnis in Bagram nördlich von Kabul waren in der Vergangenheit Folter- und Missbrauchsvorwürfe erhoben worden.

Anzahl der zivilen Opfer erneut gestiegen

In Afghanistan sind im vergangenen Jahr nach UN-Angaben mehr als 3000 Zivilisten getötet worden. Damit sei die Zahl das fünfte Jahr in Folge gestiegen, teilte die Unterstützungsmission der UN in Afghanistan (UNAMA) am Samstag mit. Die Menschen seien vor allem Opfer von am Straßenrand versteckten Sprengsätzen und von Selbstmordanschlägen geworden. Mehr als drei Viertel der getöteten Zivilisten wurden den Angaben zufolge von den Taliban oder anderen aufständischen Gruppen getötet, 14 Prozent von Soldaten der NATO oder der afghanischen Armee. Bei neun Prozent sei eine Zuordnung nicht möglich gewesen, heißt es in dem seit 2007 jährlich erscheinenden Bericht der UNAMA. Die Zahl der zivilen Todesopfer war seitdem jedes Jahr gestiegen, insgesamt starben seit 2007 mehr als 11.800 Menschen. Die wachsende Zahl getöteter Zivilisten untergräbt sowohl in Afghanistan als auch in den Vereinigten Staaten die Unterstützung für den von den USA angeführten Krieg. Er ist zudem eine der größten Ursachen von Spannungen zwischen Präsident Hamid Karsai und der internationalen Truppe ISAF.

Bei den Taliban wächst derweil die Zuversicht, nach dem Abzug der Nato-Truppen wieder die Oberhand zu gewinnen. Dies geht aus einem geheimen Nato-Bericht hervor, der sich auf die Aussagen gefangener Talibankämpfer stützt. Allerdings bezweifeln

Militärexperten, dass die Islamisten wieder zu alter Stärke zurückfinden können. Die afghanische Armee sei sehr viel größer und besser ausgestattet als noch in den 90er-Jahren, als die Taliban die Macht in dem vom Bürgerkrieg gezeichneten Land übernahmen.

Deutsche Taliban vor Gericht gestellt

Vor dem Kammergericht Berlin müssen sich seit Mitte Februar zwei mutmaßliche radikale Islamisten verantworten. Einer der Männer, der 26-jährige Deutsche Yusuf O., soll die Terror-Vereinigung Deutsche Taliban Mudschahedin (DTM) mitgegründet haben und in einem Drohvideo gegen Deutschland aufgetreten sein. Der 22-jährige Österreicher Maqsood L. sammelte laut Anklage in Berlin Geld für das Terrornetzwerk Al-Kaida. Zum Prozessauftritt ließen beide Angeklagten nach Angaben eines Gerichtssprechers über ihre Anwälte erklären, dass sie sich nicht zu den Vorwürfen äußern werden. Der Anklage zufolge reiste O. im Mai 2009 von Deutschland in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet. Dort habe er im September 2009 mit weiteren Islamisten aus Deutschland die terroristische DTM gegründet und sich auch an Kampfeinsätzen der Gruppe beteiligt. Zudem soll O. in einem Internet-Video kurz vor der Bundestagswahl im September 2009 Deutschland mit Anschlägen gedroht haben. Dabei soll er unter anderem gesagt haben, es sei nur eine Frage der Zeit, „wann der Dschihad die deutschen Mauern einreißt“. Die Drohungen auf dem Video waren unter anderem auch mit Fotos des Brandenburger Tores in Berlin, des Kölner Doms und der Skyline von Frankfurt am Main unterlegt.

Britische Soldaten sollen Kinder missbraucht haben

Zwei in Afghanistan stationierte britische Soldaten sollen sich in dem Land an einheimischen Kindern vergangen haben. Das Verteidigungsministerium in London bestätigte am Mittwoch, die Militärpolizei habe Ermittlungen gegen die Soldaten aufgenommen und diese vorübergehend festgenommen. Nach Informationen des Boulevardblatts *The Sun* missbrauchten die beiden britischen Soldaten bei zwei Vorfällen sexuell einen Jungen und ein Mädchen; beide Kinder waren demnach etwa zehn Jahre alt. Die Soldaten sollen die Übergriffe zudem gefilmt und die Videos anderen Soldaten gezeigt haben. Das britische Verteidigungsministerium erklärte, die Soldaten seien vorübergehend festgenommen, nach einem Verhör aber wieder

auf freien Fuß gesetzt worden. Ein Ministeriumssprecher sagte, solche Vorfälle würden „sehr ernst“ genommen. Die Führung in Kabul zeigte sich „angewidert“ von den „unmoralischen“ Vorfällen.

Video zeigt wie US-Soldaten auf getötete Taliban urinieren

Nach der Veröffentlichung eines Videos, in dem US-Soldaten offenbar auf getötete Aufständische in Afghanistan urinieren, bemüht sich das US-Militär um Aufklärung. Zwei der vier identifizierten Marineinfanteristen seien bereits vernommen worden, erklärte ein Armeesprecher am Freitag. In Afghanistan, wo Proteste gegen die USA erwartet worden waren, blieb die Lage zunächst ruhig. Auf dem im Internet veröffentlichten Video sind vier Männer in US-Uniformen zu sehen, die über drei blutverschmierten Leichen urinieren. Einer sagt „Schönen Tag noch, Kumpel“, während er sich offenbar darüber im Klaren ist, gefilmt zu werden. US-Verteidigungsminister Leon Panetta hatte sich am Donnerstag beim afghanischen Präsidenten Hamid Karsai telefonisch entschuldigt, der das Verhalten der US-Soldaten als „barbarischen Akt“ verurteilt hatte. Panetta versprach eine Aufklärung des Vorfalls. Bei den beiden befragten Soldaten handele es sich um Angehörige einer auf dem Stützpunkt *Camp Lejeune* im Bundesstaat North Carolina stationierten Scharfschützeneinheit. Beide Männer seien weiter auf freiem Fuß und nicht vom Dienst suspendiert. Auch die Identität der beiden anderen Soldaten sei bekannt, hieß es. Den vier Soldaten droht ein Militärprozess wegen Verstößen gegen den Verhaltenskodex der US-Armee und die Genfer Konventionen, wonach die Leichen aus feindlichen Reihen mit Respekt zu behandeln sind.

Opiumproduktion in Afghanistan weiter gestiegen

Die Erträge aus der illegalen Opiumproduktion in Afghanistan haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Mit 1,1 Milliarden Euro sind die Einnahmen im Vergleich zu 2010 um 133 Prozent gestiegen, wie aus einem am Freitag veröffentlichten Bericht der UN hervorgeht. Das sei ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts. 2010 hatte eine Pflanzenkrankheit den Angaben zufolge einen Großteil der Opiumernte vernichtet, wodurch der Preis gestiegen war. Die Ernte des vergangenen Jahres

habe wieder auf dem Niveau von 2009 gelegen. Afghanistan ist mit einem Marktanteil von 90 Prozent der weltgrößte Produzent von Opium, dem Rohmaterial für die Droge Heroin. Die Taliban nutzen die Erträge zum Kauf von Waffen und Ausrüstung.

USA testen unbemannten Transporthubschrauber

Die US-Streitkräfte testen in Afghanistan einen neuen Transporthubschrauber, der ohne Piloten schwer zu erreichende Vorposten mit Nachschub versorgen soll. Das Konzept einer Fracht-Drohne gilt als revolutionäre Weiterentwicklung; in Afghanistan sind bereits Aufklärungsdrohnen und bewaffnete Versionen für Luftangriffe erprobt und weiterentwickelt worden. Zwei unbemannte K-MAX-Hubschrauber hätten seit dem 17. Dezember in der südlichen Provinz Helmand 20 Frachtflüge erfolgreich absolviert, hieß es. Die Testphase in dem Land, in dem Aufständische Konvois oft mit Minen und Sprengfallen angreifen, soll ein halbes Jahr dauern.

Unruhen nach Koranverbrennung durch US-Soldaten

Die Vereinten Nationen haben nach der Koranverbrennung durch US-Soldaten in Afghanistan Disziplinarverfahren gegen die Verantwortlichen gefordert. „Diejenigen, die hinter diesem schweren Fehler stecken, müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Jan Kubis.

Auslöser der tagelangen Proteste, bei denen laut Präsident Karsai mehr als 30 Menschen starben und 200 verletzt wurden, ist ein Vorfall auf dem US-Stützpunkt Bagram Ende Februar 2012. Soldaten hatten in dem Camp im Norden Kabuls mehrere Exemplare des Korans verbrannt. Bei vielen Muslimen gilt die Verbrennung des Buches als Gotteslästerung. Die USA hatten die Verbrennung als Versehen bezeichnet: Die Exemplare des Koran sollen „irrtümlich“ in die Verbrennungsanlage geworfen worden seien. US-Präsident Barack Obama entschuldigte sich für den Vorfall.

Als eine der ersten Reaktionen auf die Nachricht erschossen Einheimische am 1. März zwei US-Soldaten im Süden des Landes. Wenige Tage zuvor waren zwei US-Offiziere im afghanischen Innenministerium aus nächster Nähe durch Kopfschuss getötet worden. In Kundus versuchte eine wütende Menge, ein Gebäude der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) zu stürmen. Die Nato zog daraufhin ihre Berater aus den Ministerien in Kabul ab. Großbritannien, Deutschland und Kanada folgten dem Schritt.